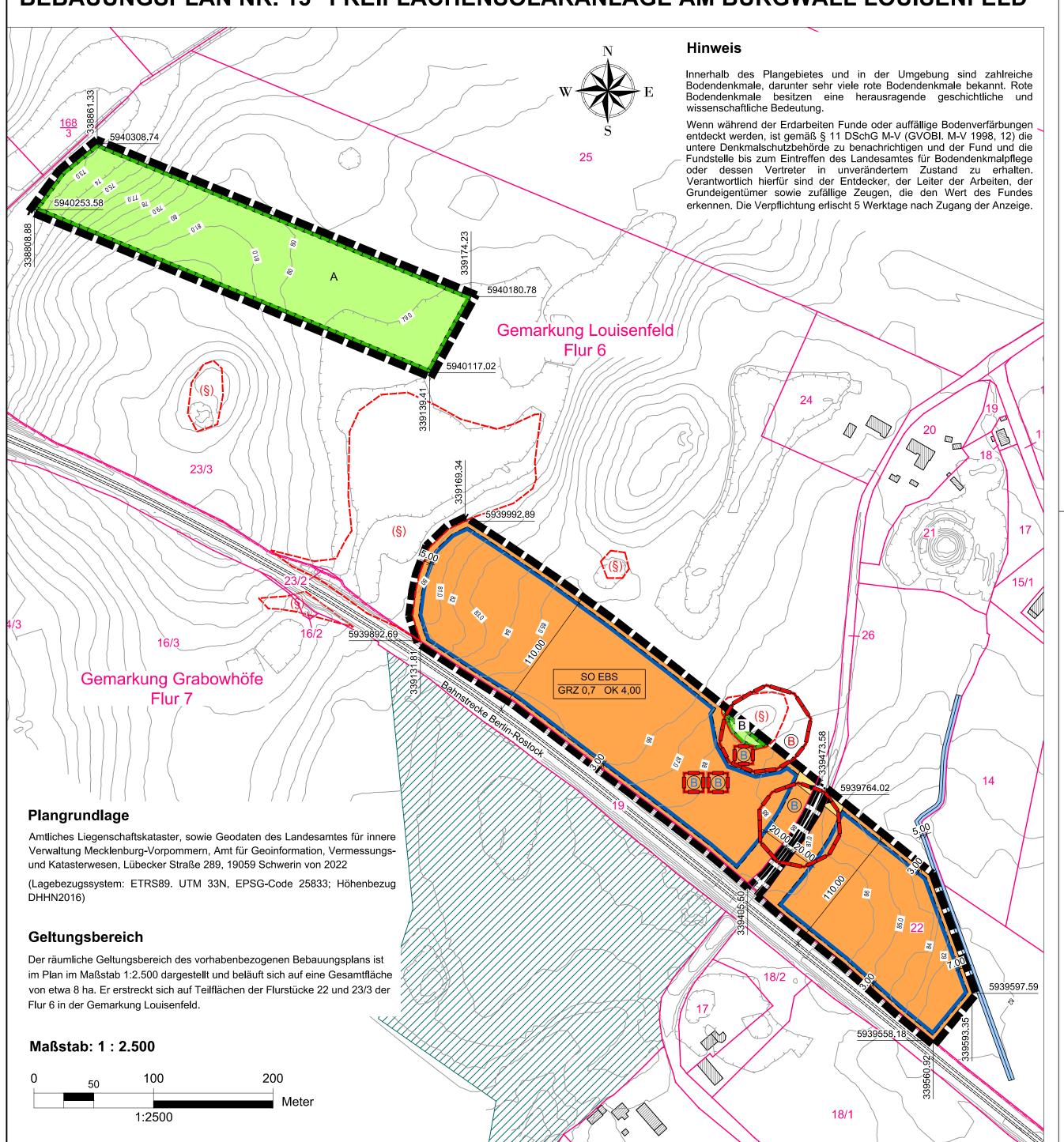
# SATZUNG DER GEMEINDE GRABOWHÖFE ÜBER DEN VORHABENBEZOGENEN BEBAUUNGSPLAN NR. 13 "FREIFLÄCHENSOLARANLAGE AM BURGWALL LOUISENFELD"



#### Planzeichenerklärung

. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung - PlanZV vom 18.12.1990, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBI, I.S. 1802)

1. Art der baulichen Nutzung § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB § 11 Abs. 2 BauNVO Sonstiges Sondergebiet

Zweckbestimmung: Energiegewinnung auf der Basis solarer Strahlungsenergie 2. Maß der baulichen Nutzung § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

vorh. Höhe in Meter über NHN im amtlichen

Höhenbezugssystem DHHN 2016 als unteren Höhenbezugspunkt

OK 4,00 Höhe baulicher Anlage in Metern über anstehendes Gelände in Metern

3. Baugrenzer § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB

Baugrenze 4. Verkehrsflächer § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB

private Straßenverkehrsfläche Ein- und Ausfahrt

5. Grünflächen § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB private Grünflächen

6. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB

zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft Bezug zu textlichen Festsetzungen Nr. 1.2.2 /1.2.3

7. Regelungen für die Stadterhaltung und für den Denkmalschutz § 9 Abs. 6 BauGB

Bodendenkmal Hügelgrab Bodendenkmal Siedlung

Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz,

8. Sonstige Planzeichen § 9 Abs. 7 BauGB Grenze des räumlichen Geltungsbereich 

II. Darstellung ohne Normcharakter Bemaßung in Meter Gemarkungsgrenze Lagebezug

III. Nachrichtliche Übernahme

gesetzlich geschützes Biotop Wald (außerhalb des Geltungsbereichs) § 9 Abs. 6 BauGB i. V. m. § 20 NatSchAG - MV

### **TEXT - TEIL B**

#### Planungsrechtliche Festsetzungen gemäß § 9 BauGB

1.1 Art und Maß der baulichen Nutzung

§ 9 Abs. 1 BauGB 1.1.1 Das sonstige Sondergebiet "Energiegewinnung auf der Basis solarer Strahlungsenergie" (SO EBS) dient im Rahmen einer Zwischennutzung gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO in Verbindung mit § 9 Abs. 2 Nr. 1 BauGB der

Errichtung und dem Betrieb von großflächigen Photovoltaikanlagen. Zulässig sind Modultische mit Solarmodulen sowie die für den Betrieb erforderlichen Nebenanlagen, Trafostationen, Anlagen für die Energiespeicherung und -verarbeitung, Wechselrichterstationen und Zaunanlagen. Die Betriebsdauer der großflächigen Photovoltaikanlagen ist auf 40 Jahre nach Inkrafttreten der Satzung beschränkt.

1.1.2 Im Rahmen der festgesetzten Nutzung sind gem. § 9 Abs. 2 i.V.m. § 13 Abs. 3 BauGB nur solche Vorhaben zulässig, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet hat.

1.1.3 Bis zum 31.12.2064 sind die innerhalb des sonstigen Sondergebietes "Energiegewinnung auf der Basis solarer Strahlungsenergie" vorhandenen Modultische mit Solarmodulen, Trafostationen, Anlagen für die Energiespeicherung und - verarbeitung, Wechselrichterstationen und Zaunanlagen vollständig zu entfernen. Als Folgenutzung wird für das sonstige Sondergebiete "Energiegewinnung auf der Basis solarer Strahlungsenergie" Fläche für die Landwirtschaft im Sinne von § 9 Abs. 1 Nr. 18a BauGB festgesetzt. (Folgenutzung gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 1 BauGB).

1.1.4 Die maximale Grundflächenzahl ist für das sonstige Sondergebiet "Energiegewinnung auf der Basis solarer Strahlungsenergie" (SO EBS) gemäß § 17 Abs. 1 BauNVO auf 0,70 begrenzt. Eine Überschreitung gemäß §

1.1.5 Die maximale Höhe baulicher Anlagen wird auf 4,0 m begrenzt. Als unterer Bezugspunkt gelten die innerhalb der Planzeichnung Teil A festgesetzten Höhen in Meter über NHN im Bezugssystem DHHN2016 als vorhandenes Gelände.

1.2 Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und 1.2.1 Innerhalb des Sondergebietes sind nicht bebaute Flächen durch die Einsaat von standortheimischem Saatgut

oder durch Selbstbegrünung als extensive Mähwiese zu entwickeln. Die Mahd dieser Flächen ist unter Berücksichtigung avifaunistischer Anforderungen und den speziellen Anforderungen von Offenlandbrütern, nicht vor dem 01. Juli eines Jahres zulässig. Der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln ist

1.2.2 Die mit A gekennzeichnete Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft ist als extensive Mähwiese zu entwickeln.

1.2.3 Die mit B gekennzeichnete Fläche zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft ist als Feldgehölz zu erhalten.

1.2.4 Die Baufeldfreimachung, einschließlich Erdarbeiten, darf ausschließlich außerhalb der Brutzeit (Oktober bis Ende Februar) erfolgen. Wenn sich die Bauzeit in die Brutzeit der Vögel erstreckt muss die Störungsintensität kontinuierlich aufrechterhalten werden, um sicherzustellen, dass keine Nester zerstört und brütende oder fütternde Altvögel nicht vergrämt werden. Dies gewährleistet, dass Jungvögel nicht getötet werden und Altvögel in benächbarte, gleichwertige Habitate ausweichen können.

1.2.5 An den Baugrenzen, die die Aktionsräume der Zauneidechsen (siehe AfB) tangieren, ist ein Reptilienschutzzaun zu errichten. Dieser verhindert das Einwandern der Zauneidechsen in die Baufläche und somit das Risiko einer Tötung durch Überfahren.

1.2.6 Optimierung von Ackerflächen als Ausweichraum für bis zu fünf Feldlerchenpaare: Zur Kompensation für fünf betroffene Reviere der Feldlerche sind Blühflächen im Umfang von insgesamt 2,5 ha auf Fläche A zu schaffen. Diese Flächen müssen einen Mindestabstand von 60 m zu Feldgehölzen und Siedlungen einhalten. Zudem sind freie Mindestreviergrößen von ca. 0,5 ha je Revier zu gewährleisten.

§ 86 Abs. 3 LBauO M-V

1.3.1 Einfriedungen sind bis zu einer Höhe von 3,0 m innerhalb des Geltungsbereiches zulässig. Die Einfriedungen sind durchschnittlich 15 - 20 cm über dem Boden einzurichten. Bei einer Beweidung ist eine Ausnahme von dem festgesetzten Bodenabstand zulässig.

#### Verfahrensvermerke

Der katastermäßige Bestand wir als richtig dargestellt bescheinigt. Hinsichtlich der lagerichtigen Darstellung der Grenzpunkte gilt der Vorbehalt, dass eine Prüfung nur grob erfolgte, da die Liegenschaftskarte durch Digitalisierung des analogen Bestandes entstanden ist. Regressansprüche können nicht abgeleitet werden.

| gsingenieur |
|-------------|
| gsingenieur |

Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom ..... Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses erfolgte durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln der Gemeinde "Bahnhofstraße 50" (Gemeindehaus) und "Dorfstraße 18" (Verkaufsstelle) sowie im Mitteilungsblatt "Landkurier" am ...... Jahrgang ... Nr. ....

Mit Schreiben vom ..... . wurde die zuständige Raumordnungsbehörde zur Anpassung an die Ziele der Raumordnung gemäß § 1 Abs. 4 BauGB beteiligt.

Der Beschluss über die Billigung des Vorentwurfes erfolgte in der Gemeindevertretersitzung vom ..... Die frühzeitige Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB ist durch öffentliche Auslegung des Vorentwurfes in . während der Dienstzeiten im Amt Seenlandschaft Waren. der Zeit vom ..... bis ..... Warendorfer Straße 4, 17192 Waren erfolgt. Die ortsübliche Bekanntmachung erfolgte am ...... im Mitteilungsblatt "Landkurier" am ...... Jahrgang ... Nr. ...

Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden sind nach § 4 Abs. 1 BauGB mit Schreiben vom ...... zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert

Die Gemeindevertretung hat am ...... den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans beschlossen und zur öffentlichen Auslegung bestimmt. Der Entwurf der Begründung und des Umweltberichtes wurde gebilligt und ebenfalls zur öffentlichen Auslegung bestimmt.

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), der Begründung und des Umweltberichts mit Anhängen, die gem. § 4 Abs. 1 BauGB und § 3 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen, hat in der Zeit vom ...... bis ...... während der Dienstzeiten im Amt Seenlandschaft Waren, Warendorfer Straße 4, 17192 Waren sowie auf der Internetseite www.amt-slw.de des Amtes, nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am ...... im Mitteilungsblatt "Landkurier" am ...... Jahrgang ... Nr. ... ortsüblich bekannt gemacht worden.

Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden sind nach § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom ..... ... zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert

|               |        | Der Bürgermei |
|---------------|--------|---------------|
| abowhöfe, den | Siegel |               |

Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am ...... geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) wurde am ......von der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan wurde mit Beschluss der Gemeindevertretung vom .....

|               |        | Der Bürgermei |
|---------------|--------|---------------|
| abowhöfe, den | Siegel |               |

Die Genehmigung der Satzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde mit Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde vom ....., AZ:

|                |        | Der Bürgermeister |
|----------------|--------|-------------------|
| rabowhöfe, den | Siegel |                   |
|                |        |                   |

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wir hiermit ausgefertigt.

|                 |        | Der Bürgerm |
|-----------------|--------|-------------|
| Grabowhöfe, den | Siegel |             |

Die Genehmigung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans, sowie die Stelle bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, ortsüblich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung und Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§§ 214, 215 BauGB i. V. m. § 5 Abs. 5 KV M-V) und weiter Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung ist am .....

Grabowhöfe, den .....

Der Bürgermeister

## "Freiflächensolaranlage am Burgwall Louisenfeld" der Gemeinde Grabowhöfe

NEUBRANDENBURG GmbH

Entwurf November 2024

Vorhabennummer: 301017

Fon (0395) 42 55 910 | Fax (0395) 42 55 920 | info@baukonzept-nb.de | www.baukonzept-nb.de

Gemeinde Grabowhöfe, bestehend aus der Planzeichnung (TEIL A), dem Text (TEIL B) und dem Vorhaben- und Erschließungsplan erlassen:

#### Rechtsgrundlagen

Präambel

geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBI. 2023 I Nr. 394)

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017

(BGBI. I S. 3634) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBI. 2023 I Nr. 394) in

Verbindung mit der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) in der Fassung der

Bekanntmachung vom 15. Oktober 2015 (GVOBI. M-V 2015, S. 344), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09. April

2024 (GVOBI. M-V S. 110) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom ...... folgende

Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 13 "Freiflächensolaranlage am Burgwall Louisenfeld" der

Baunutzungsverordnung (BauNVO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBI. I S.3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 03. Juli 2023 (BGBI. 2023 I Nr. 176)

der Bekanntmachung vom 13. Juli 2011 (GVOBI. M-V 2011, S. 777), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.

(Naturschutzausführungsgesetz - NatSchAG M-V) i. d. F. der Bekanntmachung vom 23. Februar 2010

Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBI. I. S 3634), zuletzt

- Planzeichenverordnung (PlanZV) i. d. F. der Bekanntmachung vom 18. Dezember 1990 (BGBI. 1991 I S. 58)
- zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBI. I S. 1802) Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg- Vorpommern (Kommunalverfassung - KV M-V) i d. F.
- Mai 2024 (GVOBI. MV S. 351) Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 29. Juli 2009 (BGBI. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 03.
- Juli 2024 (BGBI. 2024 I Nr. 225) Gesetz des Landes Mecklenburg - Vorpommern zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes
- (GVOBI. M-V S. 66), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 2023 (GVOBI. M-V S. 546) Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) i. d. F. der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2015 (GVOBI. M-V 2015, S. 344), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09. April 2024 (GVOBI. M-V S. 110)
- Waldgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Landeswaldgesetz LWaldG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 27. Juli 2011 (GVOBI. M-V S. 870), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Mai 2021 (GVOBI. M-V S. 790, 794)
- Hauptsatzung der Gemeinde Grabowhöfe in der aktuellen Fassung

Übersichtskarte Grabowhöfe

vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 13